



**Newsletter des Referats Lateinamerika und Karibik**  
Ausgabe Nr. 2/2006 Juli 2006

[Aktueller Fokus](#) [Regionalprojekt](#) [Projekt Landesbüro](#) [Veranstaltungen](#) [Publikationen](#) [Kurzberichte](#) [Personalia](#)

**Aktueller Fokus**

**Was heißt hier "links"? Der Trend in Lateinamerika**

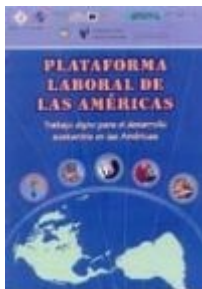


Der Ausgang der Wahlen im vergangenen Jahr und in den ersten Monaten des neuen Jahres lässt erwarten, dass der Erfolg der linken Parteien und ihrer Führungen sich im lateinamerikanischen Superwahljahr 2006 fortsetzt. Die Militärdiktaturen der 70-er und 80-er Jahre und die darauf folgenden radikal-neoliberalen Regierungen haben die extrem ungleiche Verteilung von Reichtum und Chancen in der Bevölkerung der großen Mehrheit der Staaten dieser Region nicht vermindert, sondern deutlich verschärft. Das Scheitern der alten politischen Konzepte und die Veränderung externer Rahmenbedingungen in Lateinamerika schaffen neue innergesellschaftliche Allianzen und damit Freiräume für eine andere, eine linke Politik an der Macht. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

**Regionalprojekt**

**Gewerkschaftskooperation über nationale Grenzen hinweg:  
Die Plataforma Laboral de las Americas**



Race to the bottom oder grenzüberschreitende Kooperation? Die Gewerkschaften des amerikanischen Kontinents haben sich auf ein umfassendes Grundsatzdokument, die Plataforma Laboral de las Americas, verständigt – sie dient ihnen als Richtlinie im Kampf für menschenwürdige Arbeit in allen Ländern des Kontinents. Die FES hat bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt an der Entwicklung der Plataforma mitgearbeitet. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

**Projekt**

**Landesbüro**

**Alles ist möglich? Veränderte Eliten in Bolivien**



In Bolivien zeigt sich überdeutlich eine Tendenz, die den ganzen südamerikanischen Kontinent erfasst: Die gesellschaftspolitischen Eliten wandeln sich grundsätzlich. Nicht nur Herkunft und Biographien der Entscheidungsträger sehen heute anders aus, auch die Strukturen und Organisationen, in denen sie agieren. Demokratiefördernde Institutionen wie die Friedrich-Ebert-Stiftung müssen darauf reagieren. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

**Veranstaltungen**

**Die chilenische Präsidentin in der Friedrich-Ebert-Stiftung**

Im März 2006 hat in Chile die erste demokratisch gewählte Präsidentin Südamerikas die Amtsgeschäfte übernommen. Michelle Bachelet steht vor großen Herausforderungen. [mehr](#)

## ■ ADLAF-Tagung 2006

ADLAF-Tagung 2006 „Gelebte ciudadanía, (Un)sicherheiten und Interkulturalität“.  
[mehr](#)

## ■ Energie, Entwicklung und Integration in Lateinamerika

Im September diesen Jahres lädt die Friedrich-Ebert-Stiftung eine Delegation aus Lateinamerika nach Deutschland ein. Der Besuch umfasst Gespräche, ein Fachseminar und eine öffentliche Veranstaltung. [mehr](#)

## ■ Vor den Wahlen – die aktuelle politische Situation in Ecuador.

Mit León Roldós Aguilera, ecuadorianischer Präsidentschaftskandidat der Mitte-Links-Allianz



Das Superwahljahr, der viel diskutierte Linksruck und die Energiepolitik haben Lateinamerika wieder in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Die Andenstaaten als krisen- und ressourcenreichste Region des Kontinents sind dabei von besonderer Bedeutung. Nach den Wahlen in Bolivien und Peru wird Ecuador im Oktober wählen. Auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung war León Roldós Aguilera, Präsidentschaftskandidat der Mitte-Links-Allianz Ecuadors, in Berlin. [mehr](#)

## ■ Sklaverei in einer globalen Welt - Brasiliens Pakt zur Ausrottung der Sklavenarbeit.



Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und die Friedrich-Ebert-Stiftung haben am 28. März 2006 gemeinsam zu der Veranstaltung Sklaverei in einer globalen Welt - Brasiliens Pakt zur Ausrottung der Sklavenarbeit in die FES Berlin eingeladen. [mehr](#)

## ■ Lateinamerika hat die Wahl.



Vom Rio Grande bis nach Patagonien wird 2006 gewählt: In 14 Ländern finden Wahlen statt - 2006 ist ein wahres Superwahljahr. Am Ende des Jahres wird sich die politische Landschaft verändert haben. Um die möglichen Trends und Szenarien zu untersuchen, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung im März 2006 lateinamerikanische Experten nach Deutschland eingeladen, um mit Ihnen die Folgen der Wahlen für den Subkontinent zu diskutieren. [mehr](#)

↑ Zurück Index

Publikationen

## ■ Publikationen

Die aus der Projektarbeit entstehenden und sie begleitenden Veröffentlichungen erscheinen in der Regel in Spanisch oder Portugiesisch und richten sich an Leser in Lateinamerika. [mehr](#)

↑ Zurück Index

Kurzberichte

## ■ Entschieden sich Mexiko für rosarot? (Juni 2005)

[mehr Info auf unserer Website](#)

## ■ Wahlen in der Dominikanischen Republik: Präsident Fernández und PLD gewinnen absolute Mehrheit im Kongress (Juni 2006)

[mehr Info auf unserer Website](#)

## ■ Kolumbianische Präsidentschaftswahlen am 28. Mai 2006: Ursachen und Folgen einer angekündigten Wiederwahl (Mai 2006)

[mehr Info auf unserer Website](#)

## ■ Ecuador im Wahljahr 2006: Viele Kandidaten, wenig Programm (Mai 2006)

[mehr Info auf unserer Website](#)

■ **Wahlen in Peru: Ein Gewinner, aber noch kein Sieger (April 2006)**

[mehr Info auf unserer Website](#)

■ **Chile vor einem politischen Umbruch? (Januar 2006)**

[mehr Info auf unserer Website](#)

⬆️ Zurück Index

■ Personalia

■ **Veränderungen im Referat Lateinamerika und Karibik**

Im ersten Halbjahr 2006 fanden folgende personelle Veränderungen im Referat Lateinamerika und Karibik statt: [mehr](#)

⬆️ Zurück Index

---

## Was heißt hier "links"? Der Trend in Lateinamerika



Der Ausgang der Wahlen im vergangenen Jahr und in den ersten Monaten des neuen Jahres lässt erwarten, dass der Erfolg der linken Parteien und ihrer Führungen sich im lateinamerikanischen Superwahljahr 2006 fortsetzt. Die Militärdiktaturen der 70-er und 80-er Jahre und die darauf folgenden radikal-neoliberalen Regierungen haben die extrem ungleiche Verteilung von Reichtum und Chancen in der Bevölkerung der großen Mehrheit der Staaten dieser Region nicht vermindert, sondern deutlich verschärft. Das Scheitern der alten politischen Konzepte und die Veränderung externer Rahmenbedingungen in Lateinamerika schaffen neue innergesellschaftliche Allianzen und damit Freiräume für eine andere, eine linke Politik an der Macht.

Die Vertretung nationaler Interessen ist auf linke und sozialdemokratische Regierungen übergegangen. Das Scheitern des nationalen Konzepts der Rechten. Die neuen linksorientierten Regierungen und die sie tragenden innenpolitischen Bündnisse werden von einem deutlich ausgeprägten nationalen Elan vorangetrieben. Dieser nationalistische Impuls wird durch die

außen- und handelspolitischen Positionen der USA mit ihrem Hang zur Verfolgung unilateraler Macht- und Wirtschaftsinteressen weiter verstärkt. Dazu kommt die Ablehnung der gescheiterten, extrem neoliberalen Rezepte der Vergangenheit, die zu hohen sozialpolitischen Kosten geführt haben. So haben die meisten der linken staatsorientierten und sozialdemokratisch geprägten Regierungen in Lateinamerika sich auf die Suche nach einer regional eigenständigeren Bündelung von Ressourcen und finanziellen Möglichkeiten begeben. Gemeinsam ist ihnen auch der Anspruch, für mehr Wohlstand und Chancengleichheit, für besseren Zugang zu den Bildungseinrichtungen und den Gesundheitseinrichtungen zu sorgen.

Dazu kommt der Versuch, sich in das internationale Mächtesystem neu einzugliedern, so dass mehr Autonomie für das eigene Handeln erreicht und dauerhaft abgesichert werden kann.

Die Mehrzahl der linken sozialdemokratischen Regierungen in Lateinamerika ist sich darin einig, dass die gesamtwirtschaftliche Stabilität Priorität haben muss, im Konfliktfall, falls notwendig, allerdings auch auf Kosten der Interessen der unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen. Die alten Rezepte der Staatslinken der dreißiger und vierziger Jahre (Verstaatlichung, Veränderung der Besitz- und Produktionsverhältnisse) gehören in der Regel nicht zum Repertoire der regierenden Linken im heutigen Lateinamerika – mit wenigen Ausnahmen, in Bolivien und in Venezuela. Dort prägen auch staatssozialistische Elemente die innenpolitische Rhetorik.

### **Veränderte Grundlagen der innen- und außenpolitischen Situation führen zum Wahlerfolg der Linken.**

Im wesentlichen haben drei zentrale Faktoren die Grundlagen für den Erfolg linker Regierungen gelegt oder ihn im Unterschied zu den vorhergegangenen Jahrzehnten ermöglicht. Seit dem Ende des weltweiten Konflikts zwischen den Blöcken und dem Beginn der Auseinandersetzung mit dem islamischen Fundamentalismus ist das Interesse der USA an den Entwicklungen in Lateinamerika und dem Erstarken der Linken dort zurückgegangen. Geheimdienstoperationen und militärische Interventionen der USA in Lateinamerika und in der Karibik gehören seit Jahren nicht mehr zum außenpolitischen Instrumentenkoffer der USA südlich der eigenen Grenzen. So konnten linke Parteien und Bewegungen unterschiedlicher Ausrichtung sich in vielen lateinamerikanischen Ländern vergleichsweise frei entwickeln. Der massive Anstieg der Erdöl- und Rohstoffpreise erweitert den innenpolitischen Spielraum vieler Regierungen in Lateinamerika.

Seit über zwei Jahrzehnten hat die radikale Anwendung neoliberaler Wirtschafts-, Handels- und Sozialpolitiken ihr Versprechen nicht wahrgemacht, mehr Wohlstand und Beschäftigung auch für die Bevölkerungsmehrheit in Lateinamerika zu schaffen. Die Opfer der neoliberalen Politik finden sich nicht zuletzt in den Facharbeitergruppen und im mittleren Bürgertum auch der entwickelten lateinamerikanischen Länder. Die traditionell ausgerichteten konservativen und liberalen Parteien des Kontinents und ihre politischen Eliten verloren unter dem Druck dieser Veränderungen Ansehen und Rückhalt in der Gesellschaft. Ihre neoliberale Wirtschaftspolitik ist

gescheitert. Sie selbst haben damit ihre Glaubwürdigkeit verspielt. Die Ergebnisse in den politischen Wahlen sprechen für sich. Den traditionell konservativen nationalorientierten Parteien nimmt man den Anspruch auf Vertretung der nationalen Interessen nicht mehr ab. Gleichzeitig wird deutlich, dass die globalen Bedingungen für Handel und Wirtschaft nicht unbedingt den Interessen der Großindustrie und der modernen Landwirtschaftsbetriebe in Brasilien und ähnlichen Ländern entsprechen. Bei den internationalen Verhandlungen wird immer wieder das Beharren vor allem der USA auf der Anwendung ungleicher Handelsnormen deutlich. Die brasilianische Wirtschaftselite zum Beispiel reagiert auf das Verhalten der wichtigsten Handelspartner (USA, aber auch EU), indem sie sich auf die Suche nach einem anderen nationalen und regionalen wirtschaftspolitischen Modell und im Inland auf die Suche nach neuen Bündnispartnern für die Durchsetzung nationaler Interessen begibt.

Ein weiterer Faktor, der den Wahlerfolg vieler linker Regierungen in Lateinamerika ermöglicht hat, ist das Erstarren von Protest- und zivilgesellschaftlichen Interessenbewegungen. Hier sind die Landlosen in Brasilien, die Bewegungen der Indígenas in Bolivien und Ekuador und der Piqueteros in Argentinien zu nennen. Diese Bewegungen marginalisierter und unterprivilegierter Gruppen haben einer Reihe von linken Parteien oder rhetorisch begabten populistischen Anführern der Linken die Kraft und Gelegenheit gegeben, breite Allianzen für die Regierungsbildung und den Machterhalt zu schaffen. Nicht zuletzt auch diesen Bewegungen und organisierten Gruppen ist das Zurückdrängen der neoliberalen Hegemonie im politischen Denken und Handeln Lateinamerikas mit zu verdanken.

### **Halten die neuen politischen Allianzen zusammen?**

Die Zukunft der linken Regierungen und der sie tragenden Bündnispartner wird davon bestimmt, ob und wie lange es ihnen gelingt, ihre häufig gegensätzlichen Hauptinteressen und Ansprüche miteinander auszubalancieren und so die Grundlage für den Erhalt ihrer Macht zu sichern. Hohe Rohstoff- und Energiepreise garantieren bis jetzt die notwendigen Verteilungsspielräume. Ein Preisverfall auf den internationalen Märkten würde eine Reihe der neuen populistisch und klientelistisch ausgerichteten Parteien und Regime in Gefahr bringen.

Ihr zukünftiges Verhältnis zu den Volksbewegungen und die weitere Entwicklung dieser Organisationen selbst werden darüber mitentscheiden, ob die sozialreformerischen Tendenzen der verschiedenen neuen Regierungen in Lateinamerika sich auf Dauer halten können.

### **„Links“ in Lateinamerika: Ein unterschiedliches Bild**

Bei näherer Betrachtung aller der jetzt regierenden linken Bündnisse zeigt sich rasch, wie weit und wie tief die Unterschiede zwischen ihnen reichen.

Venezuela mit seinem national-populistisch agierenden Staatschef Hugo Chávez spielt wegen des Ölreichtums des Landes eine Sonderrolle. Im Inneren ist das venezolanische Modell auf der legalen Ausschaltung des Systems der Gewaltenteilung aufgebaut. Das Regime basiert auf der demagogischen Bedienung der unmittelbaren Interessen der bisher marginalisierten Unterschichten - mit Hilfe der Einnahmen aus dem Öl. Nach außen spielt es im lateinamerikanischen Kontext eine zentrale Rolle, um einen regionalen und autonomen, weniger von den ausländischen Finanz- und Wirtschaftsinteressen abhängigen Weg auch für die anderen Staaten der Region möglich zu machen. Venezuela bietet anderen Ländern die Übernahme von Staatsschulden an, vergibt Kredite zur Ablösung von Staatsschulden an außerregionale Gläubiger und liefert Erdöl und Erdölprodukte zu günstigen Bedingungen im Austausch gegen qualifiziertes technisches Personal wie Ärzte und Lehrer (im Fall von Kuba). All dies wird durch die Öleinnahmen Venezuelas finanziell ermöglicht.

Regionalpolitisch sichert sich Venezuela durch das Bündnis mit den nationalistisch und populistisch agierenden Staatschefs von Bolivien und Kuba ab und bietet den anderen Ländern in Südamerika und auch in der Karibik unter anderem die Zusammenarbeit in den Bereichen der Energie und der Medien an.

Sowohl Venezuela, Bolivien als auch Argentinien verfügen für diese Politik im Inneren nur in geringerem Maß über die Kraft und Erfahrungen großer politischer Massenorganisationen. Die Regime dieser Länder versuchen, sich deswegen über die Bildung von Klientelverhältnissen stabil zu halten und hängen von meist schlecht organisierten Bewegungen ab, wie den Coca-Bauern, ethnisch-motivierten Gruppen (Indígenas) und den Arbeitslosen, den Piqueteros.

Wie im Falle von Argentinien behelfen sie sich mit medienpolitischen demagogischen Kampagnen zur Massenmobilisierung, ohne sich hier auf die Vermittlung über staatliche Institutionen und in

der Gesellschaft verankerte repräsentativ wirkende Parteien oder Gewerkschaften zu verlassen. Über Rückhalt in der Mittelschicht und in der Facharbeiterschaft mit ihren Gewerkschaften verfügen weder Hugo Chávez in Venezuela, Evo Morales in Bolivien noch Néstor Kirchner in Argentinien. Die Gewerkschaften halten sich anders als in der Vergangenheit zurück.

Dagegen stehen die Regierungen in Uruguay, Chile und in Brasilien auf der Grundlage effizient arbeitender und repräsentativer sozialdemokratischer Parteien und Gewerkschaften im Bündnis mit kooperationsbereiten und nationalbewussten Teilen der Unternehmerschaft. Ohne auf die marginalisierte Unterschicht besondere Rücksicht zu nehmen, versuchen sie, Wirtschaftswachstum und Stabilität mit Programmen des sozialen Ausgleichs zu verbinden.

 [Zurück Index](#)

---

## Gewerkschaftskooperation über nationale Grenzen hinweg: Die Plataforma Laboral de las Americas.



Die Bedeutung der Arbeits- und Sozialpolitik und menschenwürdiger Arbeitsbedingungen für erfolgreiche, nachhaltige Entwicklung und die Bekämpfung der Armut ist im Rahmen der Globalisierung gestiegen. Auf verschiedenen Ebenen des Internationalen Systems werden Konzepte zur Schaffung menschenwürdiger Arbeit diskutiert. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat das Thema in den vergangenen Jahren ins Zentrum ihrer Bemühungen gestellt. Mit dem Thema "Creating Jobs to Fight Poverty and Strengthen Democratic Governance" betonte auch zum erstem Mal das regelmäßige Gipfeltreffen der amerikanischen Staats- und Regierungschef im November 2005 in Mar del Plata, Argentinien, die Bedeutung der Arbeits- und Sozialpolitik. Und auch ein Großteil der Gewerkschaften des Kontinents griff das Thema im Rahmen des Interamerikanischen Gipfels auf und gab sich ein neues Grundsatzprogramm. Sie schufen die *Plataforma Laboral de las Americas*, eine kontinentweite Plattform für Beschäftigung und nachhaltige Entwicklung. In der *Plataforma* formulieren die GewerkschafterInnen ihre Sicht auf das wünschenswerte Zusammenspiel zwischen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung, menschenwürdiger Arbeit, sozialer Gerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung ihres Kontinents.

Mit der *Plataforma* unterbreiten die Gewerkschaften ihren Regierungen eine eigene Vision der zukünftigen amerikanischen Gesellschaften. Sie bieten ein Konzept, vor dessen Hintergrund Allianzen mit Vertretern anderer Sektoren geschlossen werden können und stärken damit ihre Position als relevante zivilgesellschaftliche Akteure. In einigen lateinamerikanischen Ländern, wie zum Beispiel in Chile, Uruguay und Brasilien, sind gewerkschaftsnahe Mitte-Links-Regierungen bereits darum bemüht, die Zivilgesellschaft in die Formulierung ihrer Arbeits- und Sozialpolitik einzubeziehen.

### Die Rolle der FES in der Vorbereitung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) hat zu einem sehr frühen Zeitpunkt an der *Plataforma* mitgearbeitet. Insbesondere das regionale Gewerkschaftsprojekt der FES mit Sitz in Uruguay konnte aufgrund seiner guten Kontakte mit den regionalen Gewerkschaftsorganisationen früh vermitteln. Besonders die Expertise der FES im Themenbereich Gender wurde in Anspruch genommen. Dies zeigt sich auch in der Endfassung des Dokuments, in dem die Forderung nach einem neuen demokratischem Konsens unter Berücksichtigung der Volkssouveränität und der Genderperspektive formuliert wird.

Auf Bitten des Generalsekretärs der interamerikanischen Regionalorganisation des Internationalen Bunds Freier Gewerkschaften IBFG/ORIT, Victor Baez, haben das FES-Regionalprojekt und die nationalen FES-Büros gemeinsam mit der ORIT eine Strategie zur Diskussion und Umsetzung der *Plataforma* erarbeitet. Die entsprechenden Planungswshops mit der ORIT und den Frauenkommissionen des Kontinents wurden von einer Mitarbeiterin der FES moderiert.

Generelles Ziel ist es nunmehr, die *Plataforma* auf nationaler und subregionaler Ebene zu diskutieren, ihre Relevanz für das jeweilige Umfeld zu testen, sie an die Realitäten anzupassen und entsprechende Strategien zu entwickeln.

Während die Informationskampagnen der lateinamerikanischen Gewerkschaften überwiegend erfolgreich verlaufen, gelingt die Übertragung regionaler Konzepte auf die nationale Ebene jedoch selten. Den Gewerkschaften fehlt die Infrastruktur, um in allen Ländern über die Information hinaus die Umsetzung der Kampagnen voran zu treiben. Hier unterstützt die FES die Gewerkschaften des Subkontinents mit nationalen und regionalen Seminaren.

### Die Rolle der FES bei der Umsetzung

Auf der nationalen Ebene sind bislang Aktivitäten in Peru und Bolivien gelaufen. In beiden Ländern ist es gelungen, eine große Anzahl von GewerkschafterInnen aus verschiedenen politischen Lagern - und im Falle Perus sogar aus unterschiedlichen Dachverbänden - in die Diskussion einzubeziehen. Weitere nationale Veranstaltungen sind für Kolumbien, Ecuador, Chile,

Argentinien, Uruguay und Brasilien geplant. Im Mai fand in Panama die erste regionale Gewerkschaftsveranstaltung für Zentralamerika statt. Ziel des Seminars war es, die Vorschläge der *Plataforma* zu diskutieren, einen Beitrag zur einer verstärkten Kooperation der unterschiedlichen Gewerkschaftstendenzen zu leisten und damit auch die Atomisierung der Gewerkschaften in der Region zu thematisieren. Die verschiedenen gewerkschaftlichen Tendenzen verständigten sich darauf, mit Hilfe der FES-Büros auf nationaler Ebene weiterzuarbeiten. Als ein Defizit der *Plataforma* wurde von den versammelten GewerkschafterInnen die ungenügende Einbeziehung der indigenen Völker identifiziert.

Weitere subregionale Aktivitäten sind für die Andenregion (Ende September 2006) und das südliche Lateinamerika (Mitte Oktober 2006) in der Planung.

Die *Plataforma* wird von allen Beteiligten als nützliches und wichtiges Konzept angesehen, um die zentralen Themen der Gewerkschaftsbewegung des amerikanischen Kontinents zu bearbeiten und gemeinsame gewerkschaftliche Positionen jenseits bestehender ideologischer und organisatorischer Konflikte zu entwickeln. Es ist ein Erfolg der Initiative, dass das Dokument der *Plataforma* von allen Arbeitsministern des Kontinents unterzeichnet wurde. In den nächsten Jahren wird es auf die Umsetzung der Zielvereinbarungen ankommen. Dann wird sich zeigen, wie tragfähig der Konsens ist und ob das Konzept kontinentweit zu einer nachhaltigen Politikveränderung führen kann. Hoffnung verspricht hierbei die Übereinstimmung zwischen den kontinentalen Positionen der *Plataforma* und der globalen Strategie der ILO, die in den beiden vergangenen Jahren die Schaffung menschenwürdiger Arbeit ins Zentrum ihrer Arbeit gerückt hat und mit neuen Einkommenschancen und den Möglichkeiten ökonomischer Entwicklung aufgezeigt hatte. Damit ist der regionale Vorstoß der *Plataforma* in eine globale Strategie eingebunden. Mit dem kontinentalen Grundsatzprogramm können sich die Gewerkschaften als Bindeglied in der Kette der Anstrengungen etablieren.

Links:

[Programa Sindical Regional de la FES y la ORIT](#)

[Trabajo y relaciones laborales](#)

[Canadian labour \(PDF Format\)](#)

[↑ Zurück Index](#)

---



## Alles ist möglich? Veränderte Eliten in Bolivien



In Lateinamerika hat sich die Landschaft der Akteure, die politische Entscheidungen treffen bzw. maßgeblich beeinflussen, fundamental geändert. Mit Michelle Bachelet in Chile und Lula da Silva in Brasilien sind Personen in das oberste Staatsamt gewählt worden, die früher auf Grund ihrer Biographien als Frau bzw. als Industriearbeiter keine Chance gehabt hätten. In der Andenregion geht diese Tendenz einher mit einer grundlegenden Veränderung der politischen Strukturen: Traditionelle politische Parteien, die häufig – alleine oder in einem Zwei-Parteien-System – über Jahrzehnte die

Politik eines Landes bestimmt haben, sind in die Bedeutungslosigkeit verschwunden. Neue Netzwerke und Bewegungen formieren sich, die sich bewusst von den traditionellen Parteien distanzieren. Letztere stehen unter den Vorwürfen der Korruption und des Klientelismus, mit dem die „neuen“ Bewegungen nicht in Verbindung gebracht werden wollen. „Neu“ ist dabei ein relativer Begriff, da sich diese losen Bündnisse zu einem nicht geringen Anteil auch aus früheren Mitgliedern der traditionellen Parteien speisen.

Besonders deutlich wird diese Entwicklung in Bolivien, wo der Kandidat des Movimiento al Socialismo (MAS), einer „Bewegung der sozialen Bewegungen“, bereits im ersten Wahlgang eine eindeutige Mehrheit erhielt. Mit Evo Morales, einem Koka-Bauern mit Gewerkschaftskarriere, hat Lateinamerika ein weiteres demokratisch gewähltes Staatsoberhaupt mit einem Lebensweg, der bis dato für diese Ämter mehr als ungewöhnlich war. Im MAS vereinigen sich drei Strömungen: Die traditionelle Linke, die Gewerkschaften und die Indígenas – oder anders ausgedrückt: Eine politische Ausrichtung, ein Interessensverband und ethnische Gruppen. Von den traditionellen Programmparteien ist seit der Wahl im Dezember 2005 nur noch die Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR) im Parlament vertreten. Die zweite – früher systemtragende – Partei des ehemaligen Staatspräsidenten Jaime Paz, Movimiento de la Izquierda Revolucionaria (MIR), hat sich an den Wahlen gar nicht beteiligt. Die Frente de Unidad Nacional (UN) versucht sich als Nachfolgepartei zu profilieren. Die stärkste Oppositionspartei Poder Democrático y Social (PODEMOS) vereinigt vorwiegend die Splitter der zerfallenen Altparteien des rechten Spektrums, aber auch des MIR.

Die vielschichtige Zusammensetzung der neuen Sammelbewegungen sichert zwar Wählermehrheiten, macht es aber unmöglich, ein klares programmatisches Profil zu erlangen und kontinuierliche, für die Bevölkerung nachprüfbar Politik umzusetzen. Stattdessen besteht die Gefahr, dass sich Partikularinteressen durchsetzen und die allzu große Vielfalt autokratisch und per Präsidialdekret geordnet wird. Im Zuge der Regierungsübernahme durch MAS wurden viele Ämter in Regierung und Parlament mit Personen besetzt, die wenig Erfahrung mit dem Politikalltag haben. Um den Ansprüchen von Wählerschaft und den Strömungen innerhalb des MAS gerecht zu werden, müssen die unterschiedlichen Interessen bei der Ämterbesetzung berücksichtigt werden. Die schwachen Institutionen können diese Unerfahrenheit nicht durch (Verfahrens)-Routinen oder einen funktionierenden Beamtenapparat auffangen oder überbrücken. In der Konsequenz trifft eine kleine Gruppe um Evo Morales – der Vizepräsident Álvaro García, der Präsidialminister Julfo Ramón und der Planungsminister Carlos Villegas – die wichtigen Entscheidungen.

Der Prozess der Verfassungsgebenden Versammlung ist eine wichtige Testphase, in der die neue Regierung agieren und zumindest zu einem gewissen Grad ihre Demokratiefähigkeit unter Beweis stellen muss. Nutzt Evo Morales die Besetzung der Versammlung, um sich eine Verfassung "maßzuschneidern", die ihm – ähnlich wie in Venezuela geschehen – die Macht sichert? Oder entspricht er den Erwartungen der Bevölkerung nach Partizipation im Prozess und konkreten Lösungen im Ergebnis?

Ferner muss die Entwicklung von möglichen oppositionellen Kräften beobachtet werden. Die aktive und politisierte Zivilgesellschaft ist derzeit noch weitestgehend im MAS eingebunden. Die vereinzelt Proteste, die unter der Regierung Morales bereits stattgefunden haben, besitzen kein umfassendes Mobilisierungspotenzial. Noch sehen sich die sozialen Bewegungen in der Regierung vertreten – bleibt die Frage, wie viel Geduld die verschiedenen Gruppierungen der Regierung entgegenbringen, ab wann sie greifbare (materielle) Veränderungen erwarten und

wann sie – sollten diese ausbleiben - ihrem Frust durch Blockadepolitik (wieder) Ausdruck verleihen.

**Ein traditioneller, ehemals einflussreicher Akteur hat ganz grundsätzlich an Bedeutung verloren:** Der Gewerkschaftsdachverband COB ist im politischen Geschehen weitestgehend irrelevant, und es finden sich kaum Mitglieder, die bereit sind, eine interne Demokratisierung voranzutreiben und konstruktiv auf das politische Geschehen Einfluss zu nehmen. Zudem werden Tendenzen sichtbar, dass der COB mehr und mehr von dem MAS kooptiert wird. Die zivilgesellschaftliche Aufgabe des "watchdog", die nicht-staatliche Opposition, wird derzeit nicht wahrgenommen. **Gleichzeitig zeigt sich, dass einige Provinzgouverneure und einflussreiche Bürgermeister derzeit eher in der Lage sind, als Gegengewicht zur Zentralregierung zu fungieren.** Zum einen hat die **Bevölkerung durch seine Wahlentscheidung selbst zum check-and-balances** beigetragen, indem sie dem MAS eine Mehrheit in den Provinzen verweigerte. Zum anderen haben derzeit die Provinzen durch die aktuelle Regionalisierungsdebatte ein besonderes politisches Gewicht und **Selbstbewusstsein bekommen.** Werden sich die erstmals gewählten Provinzgouverneure zu einer konstruktiven Opposition entwickeln, die dem Land politischen Ausgleich und Stabilität gibt? Oder sehen sie sich als Vertreter lokaler Interessen und verschärfen damit die Konflikte zwischen ressourcen-reichen und ressourcen-armen Provinzen sowie mit der Zentralregierung? Auch in dieser Frage ist die Verfassungsgebende Versammlung eine wichtige Probe: Neben der Frage nach der Landverteilung sind die regionalen Autonomien das konfliktträchtige Schlüsselthema, an dessen Diskussion und ggf. Lösung sich Selbstverständnis und Demokratiewille sowohl der zentralen als auch der regionalen Regierungen ablesen lassen.

Politische Parteien und Gewerkschaften – zwei wichtige gesellschaftspolitische Akteure und damit Partner im Rahmen der Demokratieförderung – spielen derzeit keine Demokratie stärkende, Konsens schaffende Rolle mehr. Wenn sich politische Rahmenbedingungen derart radikal verändern, wie es in Bolivien der Fall ist, müssen demokratie-fördernde Institutionen reagieren. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat dies getan, indem sie im März diesen Jahres mit eigener und externer Expertise eine Analyse der relevanten Akteure, ihrer Interessen sowie ihres jeweiligen Konflikt- bzw. Stabilisierungspotentials vornahm. Die Studie, die von Ulrich Goedeking angefertigt wurde, ermöglichte es dem seit 1985 existierenden FES-Landesbüro, Veränderungsprozesse und Szenarien ihrer Auswirkungen zu diskutieren und zu systematisieren und auf dieser Basis Ziele, Zielgruppen und Instrumente zu überprüfen.

Da auch andere Akteure der deutschen Entwicklungszusammenarbeit Bolivien aufmerksam beobachten, wurde die Studie im Juni in Berlin in einem Fachgespräch vorgestellt, an dem alle relevanten Forschungs- und Beratungsinstitutionen sowie Ministerien teilnahmen. Konsens dabei war, dass sich die Unzufriedenheit erneut auf der Straße entladen wird, wenn Evo Morales die hohen Erwartungen der Bevölkerung nicht erfüllen kann. Sein Vertrauensvorschuss mag größer als bei seinen Vorgängern sein, doch ist die Geduld der protest-erprobten Bevölkerung nicht unbegrenzt. Ferner wurde deutlich, dass im Kontext der fragilen Situation innerhalb des MAS und ihrer programmatischen Unschärfen mögliche zukünftige Partner der deutschen EZ erst noch ausgelotet werden müssen.

Die Studie wird nach der Sommerpause veröffentlicht und wird auf unserer Internetseite zugänglich sein.

 [Zurück Index](#)

---

### Die chilenische Präsidentin in der Friedrich-Ebert-Stiftung

Im März 2006 hat in Chile die erste demokratisch gewählte Präsidentin Südamerikas die Amtsgeschäfte übernommen. Michelle Bachelet steht vor großen Herausforderungen. Von ihr wird erwartet, einen Wandel in der politischen Kultur herbeizuführen, die noch immer Elemente des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie aufweist. Angesichts der extremen sozialen Ungleichheit im Land soll sie das Thema der sozialen Gerechtigkeit in den Mittelpunkt ihrer Regierungsarbeit stellen. Dabei sind die meisten der zu lösenden Themen durchaus vergleichbar mit den Themen, mit denen sich andere sozialdemokratische Regierungen auch in Europa konfrontiert sehen. Die Erfahrungen Chiles, das sich bereits vor drei Dekaden einem teilweise radikal neoliberalen und exportorientierten Modell verschrieben hat, sind dabei hinsichtlich der gesellschaftspolitischen Problemlösungsfähigkeit marktorientierter Politiken besonders interessant.

Im Oktober 2006 wird sich Michelle Bachelet zu einem Besuch in Deutschland aufhalten. In der Berliner Zentrale der Friedrich-Ebert-Stiftung wird sie über die Reformagenda ihrer Regierung und die Integration in Lateinamerika sprechen. Zu der öffentlichen Veranstaltung möchten wir Sie bereits jetzt herzlich einladen.

[↑ Zurück Index](#)

### ADLAF-Tagung 2006 „Gelebte ciudadanía, (Un)sicherheiten und Interkulturalität“

Lateinamerika und die Karibik sind heute – bis auf eine Ausnahme – eine vollständig demokratisierte Region. Doch die Demokratie ist formal, defekt und instabil, weil der Ausübung von Staatsbürgerschaft weiterhin enorme Hindernisse entgegen stehen. Kulturelle Identitäten scheinen fragmentiert, und rechtsfreie Räume bestimmen das Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung. Sicherheit und kulturelle Interaktion sind jedoch Voraussetzung für gelebte ciudadanía – ihre Einschränkung stellen Demokratie und Regierbarkeit in Frage. Die aktuellen politischen Ereignisse geben Anlass, sich eingehend mit dem Zusammenhang zwischen den drei Konzepten, ihren historischen Wurzeln und mit politischen Lösungsansätzen zu beschäftigen.

Die diesjährige Tagung der Arbeitsgemeinschaft Deutsche Lateinamerikaforschung (ADLAF), die die Friedrich-Ebert-Stiftung vom 16. bis 18. November 2006 in Bonn ausrichtet, steht unter dem Titel Gelebte ciudadanía, (Un)sicherheiten und Interkulturalität. In interdisziplinären Arbeitsgruppen werden die interkulturell unterschiedlichen Wahrnehmungen, die Rolle von Medien, die Bedeutung der Migration, die Auswirkungen der Urbanisierung, das Problem der öffentlichen Sicherheit, aber auch die globale Dimension von ciudadanía analysiert. Neben bekannten deutschen und lateinamerikanischen WissenschaftlerInnen und dem Nachwuchs der Lateinamerika-Forschung wird auch der Soziologe und derzeitige bolivianische Vize-Präsident Álvaro García Linera erwartet.

[↑ Zurück Index](#)

### Energie, Entwicklung und Integration in Lateinamerika

Die natürlichen Ressourcen Lateinamerikas bleiben von unmittelbaren europäischen Interessen weitestgehend unberührt, da sich der lateinamerikanische Rohstoffmarkt auf den amerikanischen Kontinent beschränkt. Dennoch ist die Sensibilität gegenüber Nachrichten aus Lateinamerika sehr hoch: Als Evo Morales die Nationalisierung des Erdgas-Sektors offiziell beschloss, reagierte die deutsche Presse unmittelbar. Ebenso werden die diversen Tauschgeschäfte von Erdöl gegen (soziale) Leistungen von Hugo Chávez diskutiert.

Woher dieses Interesse? Die Energiepolitik der populistisch-nationalistisch regierten Länder Venezuela und Bolivien verfolgt einen ideologischen Diskurs der Umverteilung und sozialen Gerechtigkeit: Der Forderung der Bevölkerung nach Teilhabe an den Gewinnen sind wichtige Grundlage für die Wahlerfolge der Regierungen und können nicht ignoriert werden. Da sich Produktion und Absatzmarkt auf einem Kontinent befinden, lassen sich die wirtschaftlichen und politischen Wechselwirkungen unmittelbar erkennen. Die Abnehmer sind die direkten Nachbarn der Förderländer (wobei die meisten Länder sowohl produzieren als auch importieren) und sie sind mit ihnen politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich eng miteinander verbunden. Energiepolitische Entscheidungen lassen sich somit direkt politisch und wirtschaftlich einordnen.

Die Fragen, die im lateinamerikanischen Kontext diskutiert werden, sind in Deutschland ähnlich aktuell. Deshalb lädt die Friedrich-Ebert-Stiftung im September diesen Jahres eine Delegation aus Lateinamerika nach Deutschland ein, um mit deutschen und europäischen Expertinnen und Experten Erfahrungen auszutauschen und Ideen zu entwickeln, welche Lösungen es für die brennenden Fragestellungen in der Energiepolitik gibt. Der Besuch beinhaltet Gespräche, ein Fachseminar und eine öffentliche Veranstaltung, auf der die Fragestellung für das interessierte Publikum erörtert wird.

[↑ Zurück Index](#)

## ■ Vor den Wahlen – die aktuelle politische Situation in Ecuador



Eine Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung mit León Roldós Aguilera, ecuadorianischer Präsidentschaftskandidat der Mitte-Links-Allianz, am 30. Mai 2006 in Berlin

Während die (Welt)-Öffentlichkeit intensiv über die so genannten politischen Außenseiter der Anden-Region Evo Morales, Hugo Chávez und Ollanta Humala diskutiert, scheint sich die Situation in Ecuador vier Monate vor den Wahlen in eine andere Richtung zu entwickeln. In den Umfragen deutlich an erster Stelle steht der Präsidentschaftskandidat der Mitte-Links-Allianz des Netzwerkes "Red Ética y Democracia" (RED) und der traditionellen Linkspartei Izquierda Democrática (ID). León Roldós Aguilera, in Guayaquil geborener Rechtsanwalt, Bruder des tödlich verunglückten Präsidenten Jaime Roldós und früherer Vizepräsident des Landes, gilt als einer der erfahrensten Politiker des Landes.

Hat in Ecuador damit – nach dem Wahlsieg der APRA in Peru – eine weitere traditionelle Linkspartei eine Chance, Regierungsverantwortung zu übernehmen? In einer Abendveranstaltung unterstrich León Roldós vor rund 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, dass die Allianz der traditionellen Programm-Partei ID und des werte-orientierten Netzwerkes RED kein taktisches Bündnis für die Wahl am 15. Oktober sei, sondern auf einem gemeinsamen programmatischen Verständnis beruhe. Aus seiner Sicht sind politische Parteien unverzichtbarer Bestandteil einer Demokratie und müssen in Zeiten von Partei- und Politikverdrossenheit besonders gestärkt werden. Er machte deutlich, dass er sich nicht eine Polarisierung "Pro-Chavez" oder "Pro-Bush" aufzwingen lassen will. Ecuador sei ein souveräner Staat und entscheide von Fall zu Fall, wer seine regionalen Verbündeten seien und schließe keine grundsätzlichen ideologischen Bündnisse. Wirtschaftspolitisch kritisiert er sowohl Subventionen als auch die Nationalisierung von Industriezweigen. Doch befürwortet er die Entscheidung der ecuadorianischen Regierung, die Verträge mit der Firma Oxydental neu zu verhandeln. In Bezug auf das Thema öffentliche Sicherheit vertritt er einen Ansatz der Prävention – allen voran Armutsbekämpfung – und der Reintegration von Straffälligen in die Gesellschaft. Leidenschaftlich appellierte er an die Ecuadorianerinnen und Ecuadorianer im Exil, Verantwortung für ihr Land zu übernehmen: Alle "remesas" würden nicht den Zusammenhalt der ecuadorianischen Familie aufwiegen.

[↑ Zurück Index](#)

## ■ Sklaverei in einer globalen Welt - Brasiliens Pakt zur Ausrottung der Sklavenarbeit.



Sklavenarbeit ist in der öffentlichen Wahrnehmung eng mit längst vergangenen Zeiten verbunden. Früher wurden Menschen ohne Entlohnung zur Arbeit gezwungen, früher lebten Sklaven unter unwürdigen Bedingungen, früher wurden sie bei Flucht mit dem Tode bedroht. Doch Sklavenarbeit sowie sklavenähnliche Arbeitsverhältnisse gibt es auch heute noch. Rund 12,3 Millionen Menschen sind nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) derzeit weltweit betroffen. Sie werden zwangsprostituiert, in der Gastronomie und der Textilindustrie ausgebeutet oder in der Landwirtschaft, der Stahlproduktion, im Bergbau sowie beim Kaffee- und Zuckermanbau geschunden. Nutznießer dieses Systems sind neben ausbeuterischen Unternehmen auch die Menschen in den Industrieländern, Konsumenten am Ende der Produktionskette - WIR.

In Brasilien führen bis zu 50.000 Menschen ein sklavenähnliches Dasein. Doch die brasilianische Regierung, Gewerkschaften, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen stellen sich dem Kampf gegen die Sklaverei. Brasiliens Nationaler Pakt zur Ausrottung der Sklavenarbeit ist beispielhaft in der Welt; die ILO hat daher Brasilien 2005 als Beispiel im Kampf gegen Sklavenarbeit hervorgehoben.

Im Rahmen der Veranstaltung wurde zunächst ein Dokumentarfilm von Klaus Weidmann gezeigt, „Die Sklavensucherin – Razzia im brasilianischen Regenwald“, der den Kampf der Regierung Brasiliens gegen die Sklaverei verdeutlicht. Es folgte eine Podiumsdiskussion mit Karin Kortmann, parlamentarische Staatssekretärin im BMZ, Ruth Vilela vom brasilianischen Arbeitsministerium, Leonardo Sakamoto von der ONG Réporter Brasil und Patrick Belser von der Internationalen Arbeitsorganisation. Es moderierte Annette Riedel, Journalistin.

## ■ Lateinamerika hat die Wahl



Vom Rio Grande bis nach Patagonien wird im Jahr 2006 gewählt. 80 Prozent der Wahlberechtigten in Lateinamerika und der Karibik sind zu den Wahlen gerufen, um über die zukünftige Politik ihrer Länder abzustimmen. Die Wahlen in Bolivien und Chile haben in Deutschland und Europa für großes Interesse gesorgt. Mit lateinamerikanischen Experten diskutierten wir am 14. März 2006 die Aus- und Wechselwirkungen der verschiedenen Wahlergebnisse vor dem Hintergrund regionaler und internationaler Zusammenhänge:

Setzt sich die Pink Tide, die Welle linker Regierungen vom Cono Sur kommend fort? Wie wird sich die politische Landschaft Lateinamerikas verändern? Welche Rolle wird die Region zukünftig in den internationalen Beziehungen spielen?

Fernando Calderón gab einen allgemeinen Überblick und eine Einschätzung der bereits abgehaltenen Wahlen und deren Auswirkungen auf die noch ausstehenden Wahlgänge. Silvia Gómez Tagle Lemaistre und Marco Aurélio Nogueira entwickelten an den Beispielen Mexiko und Brasilien, wo im Juli und Oktober 2006 gewählt wird, Szenarien für die Wahlergebnisse und ihre nationalen, regionalen und internationalen Folgen. Die deutschsprachige [Sonderedition der Nueva Sociedad](#) liefert enthält die Beiträge der Podiumsteilnehmer sowie Analysen zu allen Ländern, in denen gewählt wird. Die spanischen Texte finden Sie unter [www.nuso.org](http://www.nuso.org).

■ **Nueva Sociedad: „Lateinamerika hat die Wahl – vom Neoliberalismus zur neuen Linken“ (Sonderedition 2006)**

[Publikation herunterladen \(PDF Format\)](#)

■ **Verleihung des Menschenrechtspreises 2005 der Friedrich-Ebert-Stiftung. Dokumentation (Januar 2006)**

[Publikation herunterladen \(PDF Format\)](#)

■ **Reiner Radermacher und Katharina Meier: Brasilien. Vom Hoffnungsträger zum kleineren Übel? Die Regierung Lula im letzten Jahr ihrer Amtszeit (FES-Analyse, März 2006)**

[Publikation herunterladen \(PDF Format\)](#)

■ **Nueva Sociedad: “El desafío chino”, Número 203, Mayo - Junio 2006.**

[Publikation herunterladen \(html Format\)](#)

[↑ Zurück Index](#)

**Im ersten Halbjahr 2006 fanden folgende personelle Veränderungen im Referat Lateinamerika und Karibik statt:**

Einsatzland – ort/Zuständigkeit	Name	seit
Peru	Hilmar Ruminsky	Januar
Bonn (Zentralamerika)	Katharina Meier	Juni

Unser Kollege Ekart Wild ist im Januar in den verdienten (Un-)Ruhestand gegangen, nachdem er zuletzt das FES-Büro in Lima geleitet hat. Wir wünschen ihm für seine Zukunft alles Gute und viele spannende, neue Projekte.

[↑ Zurück Index](#)

[Newsletter abonnieren](#) | [Abbestellen](#) | [Kontakt](#)

V.i.S.d.P. Dörte Wollrad  
(c) 2005-2006 Referat Lateinamerika und Karibik  
Friedrich-Ebert-Stiftung  
Godesberger Allee 149  
D-53175 Bonn  
Tel.- (0228) 883 534  
Fax- (0228) 883 404



Programmierung und Design: [G-SoftSolutions](#)